

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
1. September 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Sundel), Wilhelmsstraße,
Post Begetoch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Die Kriegszielerörterungen. — Ein Ernährungsbeirat von Frauen.
Von B. Sollmann. — Die Konferenz der sozialistischen Parteien
neutraler Länder in Haag. — Aus der Bewegung: Eine Jubilarin.
— Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau.
Von H. F. — Notizenteil: Für den Frieden. — Frauenarbeit. —
Gewerkschaftliche Organisation. — Frauen in öffentlichen Ämtern.
— Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Kriegszielerörterungen.

In allen kriegführenden und neutralen Ländern steigt unaufhaltsam das Verlangen der Massen nach Frieden. Bis tief in die Bourgeoisie hinein ist der Wunsch lebendig, in irgendeiner „ehrenvollen“ Weise aus den furchtbaren, blutigen Wirrnissen eines Krieges von unabsehbarer Dauer herauszukommen. Und so lauter erklingen die Schlachttrompeten der kleinen, aber machtvollen Cliques jener unentwegten Kriegspolitiker und imperialistischen Deutemacher, deren „Vaterland“ nie groß genug sein kann. In Deutschland haben diese Herrschaften wiederholt zu offenem Angriff gegen den Reichskanzler ausgeholt, der ja keineswegs ein Gegner von Annexionen ist, der jedoch als verantwortlicher Politiker natürlich auch mit anderen Tatsachen rechnen muß als mit den Interessen und Wünschen der Reventlow und Gehbattel, Wäfermann, Stresemann, Fuhrmann, Schumacher, Schäfer, Thyssen o tutti quanti. Als Stütze der offiziellen Reichspolitik ist der „Nationalauschuß zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens“ ins Leben getreten. Die dritte Wiederkehr des Kriegsbeginns am 1. August bot ihm willkommene Gelegenheit, in zahlreichen Großstädten Versammlungen abzuhalten, in denen trotz aller Schattierungen im einzelnen im großen ganzen Kriegsziele aufgestellt wurden, die sich auf der vom Reichskanzler angedeuteten „mittleren Linie“ halten.

Mit diesen Versammlungen hat tatsächlich die Erörterung der Kriegsziele begonnen, begonnen freilich nur in dem beschränkten Sinne, wie es der Regierung genehm ist. Die natürliche Folge davon war, daß die unentwegten Alldeutschen für sich dieselbe Freiheit der Meinungsäußerung verlangten, die dem Nationalauschuß gelassen wurde. Sie taten und taten das demonstrativ, trotzdem sie auch vorher schon Mittel und Wege genug gefunden haben, ihre anspruchsvolleren Kriegsziele in der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Es sei nur an die Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände erinnert, an die Resolution des Nationalliberalen Parteivorstandes, an die Agitation des Professors Dietrich Schäfer usw.

Die Sozialdemokratie hat von Anfang an neben anderem die Freigabe der Kriegszielerörterungen gefordert. Als Massenpartei, die sich auf die Demokratie beruft, mußte sie diese Forderung erheben. Ein Volk, das sein Blut auf den Schlachtfeldern verspricht und zu Hause die schwersten Entbehrungen trägt, muß auch das Recht haben, über Kriegs- und Friedensziele nicht nur seine Meinung zu sagen, sondern über sie zu entscheiden. Es kommt ferner in Betracht, daß ungeachtet der geknebelten Meinungsfreiheit nicht ver-

hindert werden kann, daß das Ausland über die im Deutschen Reich bestehenden Strömungen und Gegenströmungen unterrichtet ist. Aller Zensur zum Trotz gelingt es den Annexionisten und Alldeutschen immer wieder, mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten. Den ausländischen Kriegspolitikern ist es in der Folge ein leichtes, für ihre Zwecke ihrem geduldigen Publikum das gefälschte Bild eines kriegs- und eroberungswütigen deutschen Volkes vorzumalen. Freie Kriegszielerörterung ist also eine Forderung der Demokratie und der allgemeinen politischen Klugheit.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hatte sofort die Konsequenzen aus den Veranstaltungen des Deutschen Nationalauschusses gezogen. Sie wollte in Berlin in einer Versammlung das gleiche Thema behandeln, das dort erörtert wurde. Ihr Vorstoß wurde verboten. Nun hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Freigabe der Kriegszielerörterungen gefordert. In einem Aufruf an die Parteigenossen wirft er unter Hinweis auf die furchtbaren Opfer und Verheerungen zweier Kriegsjahre die Frage auf, ob dieses Länder und Volkskraft verwüstende Ringen noch immer kein Ende nehmen solle? In seinem entscheidenden Teile lautet der Aufruf:

„Der Friedenswille, der bei den Völkern der gegnerischen Länder ebenso stark ist wie in Deutschland, wird zweifellos geschwächt und zurückgedrängt, wenn gleich den chauvinistischen Eroberungspolitikern in den Ententeländern auch in Deutschland einflußreiche Kreise Kriegsziele aufstellen und Eroberungspläne propagieren, die die Völker jener Länder zum zähesten Widerstand aufstacheln müssen.“

Es erscheint deshalb an der Zeit, daß das deutsche Volk frei und unbeschränkt zu diesen Eroberungsplänen Stellung nimmt, deren Verwirklichung den Keim zu neuen Kriegen legen würde und die nur zu sehr geeignet sind, den Krieg zu verlängern.

Die von der sozialdemokratischen Partei seit langer Zeit geforderte Aufhebung des Belagerungszustandes ist nicht erfolgt, auch die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele ist bisher nicht zugestanden worden. Trotzdem sind die Annexionswünsche gewisser Kreise immer wieder an die Öffentlichkeit gekommen und zur Stimmungsmache im feindlichen Ausland benutzt worden.

Nachdem nunmehr am 1. August dieses Jahres in zahlreichen deutschen Städten Versammlungen des Nationalen Ausschusses zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens stattgefunden haben, in denen von den meisten Rednern Kriegsziele, vielfach in annexionistischem Sinne, erörtert worden sind, ist es eine unabwiesbare Pflicht der Regierung, die Erörterung der Kriegsziele allgemein freizugeben. Wir haben daher in einer Eingabe an den Reichskanzler die Freigabe der Kriegszielerörterungen erneut dringend gefordert.

Die Parteiorganisationen im Reich fordern wir auf, demnächst öffentliche Versammlungen zu veranstalten, in denen zu den Kriegs- und Friedenszielen Stellung genommen wer-

den soll. Auch ersuchen wir, Vorbereitungen für die Unterzeichnung einer Petition zu treffen, in der ein Friede verlangt wird, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht und unserem Lande die territoriale Unverfehrtheit, politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet."

"Spät kommt ihr, doch ihr kommt," möchte man dem Parteivorstand mit den geflügelten Schillerworten zurufen. Denn mit dem Begehren nach Freiheit für die Kriegszielerörterungen ist natürlich jeder Sozialdemokrat einverstanden. Aber vergessen wir nicht, daß es sich dabei um eine Forderung handelt, für die tatkräftig zu wirken der Vorstand einer Millionenpartei schon längst die elementare Pflicht gehabt hätte. Die Leitung der Sozialdemokratie humpelt kleinlaut als Landsturm aus Krähwinkel hinter den Ereignissen her. Unter den obwaltenden Umständen gemahnt der Aufruf allzusehr an einen kraftlosen „geilen Schöbling“, der bei günstiger Witterung über Nacht an einem vermorschenden Stamm hervorbricht. — — — Wir vermessen ferner vor allem in dem Aufruf die sozialistische Begründung. Für die Friedensforderung von Sozialdemokraten darf es nicht maßgebend sein, wie wenig oder viel Friedenssehnsucht bereits im eigenen Lande oder im Ausland lebendig ist. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, ihren Grundsätzen getreu als Weiderin und Mäuerin der Massen voranzugehen. — — — Der Parteivorstand beruft sich einleitend nicht ohne Grund auf die Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August, eine Erklärung, die nach unserer Überzeugung mit dem Bekenntnis zum Sozialismus unvereinbar ist. Die dort festgelegte Politik hat dem Vorstand ein früheres und ein grundsätzlicheres Auftreten unmöglich gemacht. — — —

Auffallend ist die große Zuvorsicht, mit der der Parteivorstand auf die Bereitschaft des Reichskanzlers zu Friedensverhandlungen hofft. Jede Partei hat bisher aus den Kundgebungen des Reichskanzlers das herausgelesen, was ihr zusagte. Kein Zufall das! Die Erklärungen des Reichskanzlers geben reichlich Anlaß zu den verschiedensten Auslegungen. Sonderbar aber mutet es an, daß just die Sozialdemokratie dazu berufen sein sollte, sich als authentischer Interpret deutungs-fähiger Regierungsworte aufzuwerfen. Sprächen keine anderen, besseren Gründe gegen die Vorbeeren dieses Amtes, so müßten einige schlichte Worte davor zurückschrecken, hinter denen schlichte, aber fühlbare Tatsachen stehen. Sie heißen: innere Politik des Deutschen Reiches und im besonderen Lebensmittelpolitik.

Der Aufruf des Parteivorstandes fordert zu einer Massenpetition an die Regierung auf. Wir unterschätzen nicht den Wert öffentlicher Eingaben mit Millionen Unterschriften. Allein in diesem Augenblick und angesichts des Zieles, um das es geht, erscheint eine Petition allein denn doch als kein ausreichendes Mittel für eine Partei, die den Willen zur Macht haben sollte. — — — Unsere Grundsätze und Erfahrungen lehren uns, daß dem Proletariat die Erfüllung seiner Forderungen nicht als politisches Manna aus dem Himmel von oben her zufällt. Es darf sie nur erwarten, wenn es mit martigen Knochen auf der festgegründeten dauernden Erde einer klaren Gesichtsauffassung steht und mit eigenem tatbereiten Willen den Wolken und Winden vorübergehender Erscheinungen Trost bietet.

Ein Ernährungsbeirat von Frauen.

Ein Vorschlag eines Parteiredakteurs.

Es ist von keinem Standpunkt aus ein Zweifel darüber möglich, daß auf so manchen Gebieten zwischen den „Instanzen“ und den „Massen“ eine Kluft gähnt, die überbrückt werden muß, wenn die Arbeiterbewegung nicht Schaden nehmen soll. Noch größer als zwischen den lohnarbeitenden Mitgliedern und ihren beamteten Führern wird aber leicht die geistige Entfernung zwischen dem weiblichen Prole-

tarat und gewissen „Instanzen“, nicht zuletzt den Redaktionen der Parteiblätter. Kommt doch erschwerend hinzu, daß unsere Tageszeitungen so gut wie ausschließlich von Männern geleitet werden, und es ist leider nur wenigen von uns Männern gegeben, dem besonderen Seelenleben der Frau ausreichendes Verständnis entgegenzubringen. Zudem ist unsere Erziehung, unsere Lebens- und Arbeitsweise in vieler Hinsicht so gänzlich von der des weiblichen Proletariats verschieden, sind uns die Sorgen der in der furchtbaren Enge ihres hausfränklichen Daseins sich quälenden proletarischen Mutter bei allem theoretischen Verstehenwollen praktisch so fremd, daß eine ständige unmittelbare Beeinflussung unseres Fühlens und Denkens durch diese Frauen wünschenswert ist. Empfind ich dies schon früher, so doch noch mit ganz anderer Eindringlichkeit, als der Kriegssturm auch bei uns in Köln die Fäden zwischen uns und den arbeitenden Frauen verwirrt oder zerstört hatte.

Sobald der Schlachtenlärm sich von Deutschlands Grenzen entfernte, dafür aber im Lande selbst der Kampf mit einem angeblich neuen, für uns jedoch so alten „inneren Feind“ lebhafter einsetzte, sah ich mich in der Abwehr gegen den Wucher nach der Hilfe unserer Frauen um. Es wurde mir jeden Tag klarer, daß der Krieg gegen den Lebensmittelwucher vor allem das Werk der Frauen selbst sein müsse. Zunächst versuchte ich es mit den alten Mitteln: Vorträge in den Versammlungen, die damals alles andere als glänzend besucht waren. Als die Genossinnen in der Diskussion trotz unläugbar großer Not nicht recht aus sich herausgingen, als sie der Redaktion trotz häufiger Aufforderungen auch nur sehr selten schriftlich ihre wachsenden Kriegssorgen mitteilten, wurde ich zunächst ein wenig pessimistisch und klagte mir selbst, wie schwer es doch sei, die Frauen zur Mitarbeit für ihre ureigensten Interessen heranzuziehen. Aus Erfahrung suchte ich aber den Grund des Mißerfolges in organisatorischen Mängeln und entschied mich dahin: wenn die Frauen öffentlich nicht reden wollen, wenn sie auch nicht schriftlich ihre zweifellos vorhandenen vielen und sehr schweren Sorgen äußern, so wird man durch persönliche Rücksprache mit einer ausreichend großen Zahl von Frauen das notwendige Material erlangen müssen.

Es wurde deshalb aus allen wichtigeren Bezirken der Wahlkreisorganisation je eine fähige Genossin ausgesucht und so ein Frauenbeirat für die Redaktion und den örtlichen Parteivorstand geschaffen. Der Erfolg war über alle Erwartungen gut und hält nun schon ein ganzes Jahr an. Die etwa 12 bis 15 Frauen kommen nicht nur mit einer geradezu bewundernswerten Pünktlichkeit in die Sitzungen des Beirats für Ernährungs- und Kriegsfürsorgefragen, sondern erweisen dort eine genaue, klare Kenntnis der vorliegenden Mißstände, eine Kenntnis, die sie in kurzen, sachlichen Sätzen äußern. Was wir von ihnen an Tatsachen und Anregungen gehört haben, hätte ich auf jedem anderen Wege unmöglich so gut und so regelmäßig erfahren können. Jede Sitzung war bisher ein voller Gewinn, denn jede Genossin kam mit Material, das sie in ihrem Bekanntenkreis gesammelt hatte. Bald waren die betreffenden Genossinnen bis weit über unsere Mitgliederkreise hinaus als eine Art „Freiwillige Nahrungsmittelpolizei“ bekannt, und Klagen und Beschwerden strömten ihnen zu. Wenn unser Parteiblatt in der Kritik der Lebensmittelversorgung und in praktischen Anregungen auch nach dem Urteil unparteiischer tüchtiger Sachkenner Bemerkenswertes leisten konnte, so verdankt es dies zum größten Teil seinem Ernährungsbeirat von Arbeiter-Kriegerfrauen, der unter eifriger und verständnisvoller Mitwirkung der Parteisekretärin, Genossin Zuchacz, seines Amtes waltet. Jede einigermaßen wichtige kommunale Ernährungsfrage wird ihm schleunigst zur Begutachtung vorgelegt, und mehr als einmal hat der Frauenrat uns den rechten Weg gewiesen.

Natürlich lernen auch die Frauen durch diese Sitzungen. Sie begreifen die Ernährungsschwierigkeiten in ihren Ur-

sachen und Zusammenhängen und gewöhnen sich an knappe sachliche Verhandlungen. Aus diesem Ernährungsbeirat wurden wiederholt in das Rathaus *A b o r d n u n g e n* entsandt, lediglich aus Frauen von Arbeitern und Privatbeamten bestehend. Sie wußten dort mit dem Oberbürgermeister und seinen Beigeordneten nicht nur entschieden und geschickt zu verhandeln, sondern vermochten auch Forderungen durchzusetzen. Der Respekt der Bürgermeister vor unseren Frauen, die niemals von einem beamteten Parteimitglied begleitet wurden, ist sehr gewachsen. In mehr als einem Falle hat das Lebensmittelamt den Rat und die Mitarbeit dieser Frauen gesucht, ehe es bestimmte Entscheidungen traf. Auch in die Küchenkommission für die Massenpeisung sind sofort zwei Genossinnen ohne unser Zutun berufen worden.

Der größte Gewinn aber ist, daß aus diesem Beirat ein Aufschwung unserer Frauenbewegung erwuchs, wie wir ihn während des Krieges nie für möglich gehalten hätten. Unsere Versammlungen füllten sich, und zwar auch mit Frauen, die sonst nie in eine sozialdemokratische Veranstaltung gekommen sind. Ohne jede Übertreibung kann festgestellt werden, daß unsere Frauenabende jetzt durchgängig doppelt, nicht selten dreifach so gut besucht sind wie in Friedenszeiten. Die Aufmerksamkeit ist gut, die Aussprache reger. Allerdings ist das Interesse fast nur auf mit dem Kriege zusammenhängende Fragen gerichtet (Ernährung, Kriegsfürsorge, Aufgaben der Presse usw.).

Mein Vorschlag geht dahin, solchen Frauenbeirat in möglichst vielen Orten zu schaffen. Die Anregung dazu muß von unseren Genossinnen ausgehen. Sie mögen mit einem entsprechenden Vorschlag an unsere Parteiredaktionen und Parteiorganisationen herantreten und sich unter keinen Umständen abweisen lassen. Selbstverständlich muß in jeder Sitzung des Beirats der mit der Bearbeitung der Lebensmittelfragen betraute Redakteur anwesend sein, möglichst auch der Parteisekretär. Unsere Parteiblätter und unsere Frauenbewegung werden von den Arbeiten des Frauenbeirats gleich großen Nutzen haben. Die Behandlung der einschlägigen Fragen wird im Parteiblatt dann nicht nur mit einer trefflicheren Sachkenntnis erfolgen, sondern unter dem unmittelbaren Einfluß der proletarischen Frauen auch mit der Fortschrittlichkeit, die durchaus geboten ist. W. S o l l m a n n (Köln).

Die Konferenz der sozialistischen Parteien neutraler Länder im Haag.

Neutrale Länder im engeren Wortsinne kennt der Weltkrieg nicht. Aktiv wie passiv, mittelbar wie unmittelbar hat er alle Staaten und Bevölkerungsschichten in sein Netz gezogen, er ist international, weil die kapitalistische Wirtschaft heute international ist. Am wenigsten kann die sozialdemokratische Partei in irgendeinem Lande neutral sein. Das Proletariat hat in allen Staaten unter den Kriegswirkungen am schärfsten zu leiden, seine politische und wirtschaftliche Position wird durch den erstarkenden Imperialismus und Militarismus verschlechtert, seine Ziele werden hinausgeschoben und schwerer erreichbar denn je.

Die Sozialdemokratie muß daher in jedem Lande, ob „neutral“ oder kriegführend, Stellung nehmen zum Kriege, zu seinen Wirkungen und der durch ihn geschaffenen veränderten Situation. Sie kann das opportunistisch tun, mit dem Blick auf augenblickliche Erfolge, einen scheinbaren Machtzuwachs. Diese Stellungnahme führt sie notwendig auf den Boden der nationalen Verteidigung, des Burgfriedens, der Klassenharmonie. Für die Dauer des Krieges, während das Vaterland in Gefahr ist, wird der Kampf der Klassen in den Schrank gelegt, die Abwehr des „äußeren Feindes“ wird das erste und oberste Gebot. Der Kampf um den Frieden schläft.

Es ist dies die Stellung der Parteimehrheiten oder starker Parteifractionen in Deutschland, Frankreich, England, die

alle mit gleichem Recht oder Unrecht sich zum Retter ihrer Bourgeoisie berufen fühlen. Es ist dies aber auch die Stellung der Parteiführer in der Mehrzahl der neutralen Staaten. Je nachdem sie ihre Sympathie den Mittelmächten oder den Alliierten zuwenden, erhoffen sie von deren Sieg bestimmte Vorteile auch für die Arbeiterbewegung ihres Landes. Beiden Gruppen gemeinsam ist der Verzicht auf jede selbständig proletarische Klassenpolitik, der Versuch, durch das Eindringen in Ämter, Regierungsstellen und durch „positive Mitarbeit“ bei allen Kommissionen die bürgerliche Gesellschaft mit „sozialistischem“ Sauerteig zu durchdringen. Es läuft das darauf hinaus, sich selber der bürgerlichen Gesellschaft anzupassen.

Der Erfolg dieser Taktik ist in den zwei verflochtenen Kriegsjahren offenbar geworden. Zumal in den neutralen Staaten, die nur mittelbar in die Kreise des Weltkrieges gezogen worden, ist auch unter den Mehrheitspolitikern der Partei die Erkenntnis gewachsen, daß von den Schlachtfeldern eine Lösung des blutigen Knotens nicht zu erwarten ist. Trotz unzähliger Opfer und endlosen Elends gibt sich keiner der Gegner bezwungen. Die Welt sehnt sich nach Frieden, aber die Diplomaten haben solche Berge von Schwierigkeiten zwischen sich, die Regierungen haben sich bereits so in bestimmte Ansprüche verrannt, daß angesichts der unentwegten Hege der Kriegsinteressenten eine Verständigung schier ausgeschlossen erscheint. In diesem Augenblick taucht vor den Mehrheitspolitikern mit heimlichem Grauen die Frage auf, wie lange und wie weit das alles so fortgehen solle, ob denn nicht eines Tages die Völker auch von ihren Händen Rechenschaft fordern werden? Wie, wenn trotz Ministerposten, trotz positiver Mitarbeit der „Realpolitiker“, trotz offizieller Lobspprüche die reale politische Macht der Sozialdemokratie statt zuzunehmen im Abnehmen begriffen wäre? Die Furcht läßt sich durch noch so schöne Redensarten nicht ganz beschwichtigen. Die Konferenz der Neutralen im Haag und zumal die Rede *T r o e l s t r a s* scheint nicht weit von diesen Gedankengängen entfernt gewesen zu sein. Wie wäre anders die Mahnung zu erklären, den herrschenden Klassen nicht „blindlings“ auf ihrem Wege ins Verderben zu folgen? Die sozialistischen Parteien sollen ihre Freiheit gegenüber den eigenen Regierungen und bürgerlichen Parteien „zurücknehmen“! Die Konferenz solle die Überzeugung aussprechen, daß der Zeitpunkt gekommen sei, Frieden zu schließen, denn der Krieg habe sich selbst überlebt, es gäbe keinen Sieg mehr ohne den eigenen Ruin.

T r o e l s t r a s Rede kommt der Bankrotterklärung der gesamten bisherigen Mehrheitspolitik gleich, was um so schwerwiegender ist, da er selber auf ihrem Boden steht und sicher diese Wirkung nicht beabsichtigt hat. Aber ist es etwas anderes als ein Geständnis des Bankrotts, wenn er immer wieder die Sozialdemokratie beschwört, doch den „historischen Augenblick“ nicht zu verpassen, sich nicht „durch den Frieden überrumpeln zu lassen“, wie sie sich durch den Krieg überrumpeln ließ. Es komme darauf an, daß die Sozialdemokratie „zur richtigen Zeit“ die Führung einer energischen Volksbewegung für den Frieden übernehme. Dann werden sie die Massen wieder (!) für das sozialistische Ideal begeistern und ihre Kraft und Selbständigkeit wieder (!) gewinnen.

T r o e l s t r a ruft also deutlich zur Rückkehr von dem Irrweg des konsequenten Umlernens auf, und im großen ganzen trägt die von der Konferenz gefaßte politische Resolution den Stempel seines Geistes. Aber das Tragische an den Männern eines gemäßigten Opportunismus ist, daß sie stets den Teufel durch Beelzebub austreiben. Nicht Rückkehr zu einer selbstbewußten Klassenaktion aus eigener Kraft fordert die Konferenz von den sozialistischen Parteien, sondern einzig die Rückkehr zu den papierernen Forderungen des Internationalen Sozialistischen Kongresses von Kopenhagen (1910). Die dort aufgestellten Forderungen aber — Verminderung der Rüstungen, Abschaffung der geheimen Diplomatie, parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker — haben zur Voraus-

setzung das Bestehen einer Macht, die auf ihre Durchführung dringt, die in der Lage ist, ihre Durchführung zu erzwingen. Voraussetzung der erstrebten „internationalen Rechtsordnung“ ist also die politische Macht des sozialistischen Proletariats. Wo ist aber heute die zu finden? Müßte die Konferenz sonst die sozialistischen Minister in Frankreich und England mehr oder minder gelinde zur Ordnung rufen, wäre es sonst notwendig gewesen, die deutsche Sozialdemokratie daran zu erinnern, daß sie zwar viel für sozialpolitische Reformen, herzlich wenig aber für die Erringung einer wirklichen Demokratie getan habe?

Die Konferenz will, daß die sozialistischen Parteien sich auf dem Boden der Kopenhagener Forderungen zur Verständigung bereit erklären. Ihre Resolution spricht, wie Troelstra, von dem „historischen Moment“, der nicht verpaßt werden dürfe, wenn man nicht wolle, daß der Friede von den imperialistischen Gruppen diktiert werde. Es fragt sich nur, inwiefern manche sozialistischen Parteinstanzen nicht bereits durch Wort und Tat zu jenen imperialistischen Gruppen zu zählen sind. Die Parteien sollen versuchen, sich direkte Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu sichern. Auf dem Friedenskongress sollen die Parlamente und Vertreter sozialdemokratischer Gruppen vertreten sein. Auch darin wieder teilt die Konferenz jene alte Illusion von dem Werte der positiven Mitarbeit einzelner, die im Ministerialismus so grausam Dägen gestraft worden ist. Gewiß soll die Sozialdemokratie verlangen, ihrer Macht entsprechend bei allem mitreden zu dürfen, aber ihre wirkliche Macht liegt eben nicht in den Ministerien und Beratungszimmern. Ein kleiner Satz, der in der langen Resolution fast verschwindet, deutet den wahren Machtboden der Sozialdemokratie an: „Sie soll ihren Einfluß im Volk ausnützen.“ Ist die reale, tatbereite Macht in den breiten, arbeitenden Massen vorhanden, so wird der Sozialdemokratie alles übrige von selbst zufallen.

Ein Charakteristikum der Konferenz ist, daß sie sich immer nur an die Instanzen wendet; sie hält es für nötig, ausdrücklich zu protestieren „gegen jeden Versuch, das Vertrauen des sozialistischen Proletariats in seinen Parteien und Organisationen zu erschüttern, in diesen Spaltungen herbeizuführen und neue internationale Organisationen... zur Bekämpfung der bestehenden Internationale zu gründen“. Es ist dies die Stimme der Parteibureaucratie, die sich selber das Vertrauen ausspricht. Es ist dies die Methode der bürgerlichen Bureaucratie, die die Quelle der Unzufriedenheit nicht so sehr in den bestehenden Missetänden als in dem Gebaren einzelner „Nörgler und Seher“ zu erkennen glaubt. Die Spitze des Protests richtet sich offenbar gegen die Zimmerwalder und Kientaler Aktion, gegen die sich Troelstra milde, Branting scharf gewendet hatte. Zwar hatten die den Zimmerwalder Beschlüssen angeschlossenen Parteien ihre Teilnahme an der Konferenz beschlossen, um ihren Standpunkt dort geltend zu machen, jedoch weder der Schweizer noch die rumänischen Delegierten waren imstande zu erscheinen. Ihren Darlegungen hätten auch schwerlich die Haltung der Kongressmehrheit geändert. Die Konferenz erwartet alles Heil der Sozialdemokratie und die Wiedergewinnung der politischen Machtposition für die Gestaltung des Friedens von den nämlichen Instanzen, die so kläglich versagt haben, von einer gleichsam wunderbaren Wiedergeburt im Schoße des internationalen sozialistischen Bureaus und der Parteileitungen.

Inwieweit letztere der warnenden und mahnenden Stimme der Konferenz Folge leisten werden, zeigte die wenige Tage darauf abgehaltene Sitzung des Nationalrats der französischen Partei, deren Mehrheit auf dem alten unversöhnlichen Standpunkt beharrt. Der deutsche Parteivorstand scheint in seinem Aufruf den Wünschen der Konferenz eher entgegen zu kommen, aber auch er denkt nicht daran, rückhaltlos und offen den Weg nach Damaskus anzutreten. Deutsche Mehrheitspolitiker wie Cunow sind fogar sehr ungehalten, weil die Konferenz der Neutralen un-

verkennbar mit ihren Sympathien mehr bei den Franzosen steht als bei den Deutschen.

Klarer, energischer, zielbewußter als die politische Resolution ist die Entschliebung der Konferenz zur Frage der Wirtschaftspolitik. Mit Entschlossenheit wird jeder Gedanke eines Wirtschaftskrieges abgeschüttelt, wird von den Sozialisten aller kriegsführenden Länder erwartet, daß sie sich mit derselben Entschiedenheit wie die französische Parteileitung solchen Absichten entgegenstellen. Die Konferenz spricht sich für den vollen Freihandel aus, der „den Weg bahne zur Weltproduktion auf sozialistischer Grundlage“. Die Konferenz wandte sich mit allen Rednern gegen die Versuche, größere wirtschaftliche Staatenverbände zu schaffen, die sich durch hohe Zollmauern gegeneinander abschließen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, die historische Bedeutung der politischen Erörterungen und Beschlüsse der Konferenz im Haag besteht darin, daß sie offen zeigt, wie bange bereits den kühleren und weniger unmittelbar am Kriege beteiligten Parteiführern vor der so laut proklamierten alleinseitigen Burgfriedenspolitik zu werden beginnt. Diese Führer betonen zwar alle kräftig, die Internationale sei nicht tot, aber die Konferenz selber ist nichts anderes als ein beschwörender Versuch, den abgestorbenen Organen dieses Körpers neues Leben einzubringen. Ein Selbstbefinnungsprozeß hat auch hier begonnen, ein Selbstbefinnungsprozeß freilich, der das Übel heilen möchte, ohne seine Wurzel anzugreifen. Daß aber überhaupt von dieser Seite der Ruf nach Rückkehr zu einer selbständigen, proletarischen Klassenpolitik erhoben wird, ist ein wertvolles Zeichen der Zeit.

Aus der Bewegung.

Eine Jubilarin. Am 31. August wird unsere Berliner Genossin Marie Klingner 70 Jahre alt. Sie verdient, daß man ihrer an diesem Tage gedenkt. Ist sie doch eine der nimmermüden Proletarierinnen, die, ohne viel Aufhebens davon zu machen, für die heilige Sache des Sozialismus wirken, deren Leben die Hingabe an dieses Ideal eine höhere Weihe gibt und die Kraft, dem Elend zu trotzen und es zu überwinden. Denn am Herd unserer Jubilarin hatte die Not ihre bleibende Stätte. Paßt doch auf ihre Existenz, was Chamisso in seinem Gedicht „Die alte Waschfrau“ sagt:

Sie hat in ihren jungen Tagen
Geliebt, gehofft und sich vermählt,
Sie hat des Weibes Los getragen,
Die Sorgen haben nicht gefehlt.

Frühzeitig war Marie Klingner Witwe geworden. Neben der überreichen Würde an Arbeit und Trübsal hatte sie das Glück, die sozialistischen Lehren kennen und begreifen zu lernen; der Sozialismus wurde ihr Glaube und ihre Zukunftshoffnung. Was ihr Herz erfüllte, verstand sie als Mutter in die Seelen ihrer Kinder zu pflanzen, an denen sie nun höchste Freude erlebt. In die Fußtapfen der Mutter tretend, wirken sie als treue Anhänger des Sozialismus an dem Werke der Befreiung der Menschheit aus geistiger und leiblicher Not mit.

Bis in den Februar dieses Jahres hinein — wo unsere Genossin einen unglücklichen Fall tat, an dessen Folgen sie noch heute leidet — war sie bei allen Parteiarbeiten mit jugendlichem Eifer tätig. Galt es, säumige Mitglieder an ihre Pflicht zu mahnen oder neue zu werben; galt es, an Versammlungen, Sitzungen, Lesabenden sich zu beteiligen: stets begegneten wir unserer Genossin Klingner als Mittalende und Mittatende. Als 1903/04 unter dem alten preussischen Vereinsgesetz der erste politische Frauenwahlverein gegründet wurde, trat sie ihm sofort bei und warb eifrig für ihn. Sie tat dies ebenfalls, als später der Frauenwahlverein für die preussischen Landtagswahlen ins Leben gerufen wurde. Sie gehörte der sogenannten losen Organisation der Genossinnen an, die durch regelmäßige freiwillige Beiträge ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei bekundeten. Ganz selbstverständlich ist sie auch Mitglied des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse seit dem Bestehen dieser Organisation. Als nach Einführung des Reichsvereinsgesetzes die Genossinnen als Mitglieder den sozialdemokratischen Wahlvereinen beitreten durften, lernten auch die Genossen das Wirken und die Treue unserer

Mutter Klingner sehr schätzen. Dem dritten Berliner Wahlkreis als Mitglied angehörend ist sie auch weiteren Kreisen namentlich der älteren Genossinnen Groß-Berlins bekannt, die in früheren Jahren oft genug gemeinsam mit ihr gewirkt haben. Alle vereinigen sich in dem Wunsche, daß unsere liebe Genossin ihre alte Nützigkeit bald wieder erlangen möge, damit sie noch recht lange mit uns vereint für den Sozialismus, das Heil der Menschheit tätig sein kann, wissen wir doch, daß dies ihre größte Sehnsucht ist.

Indem wir dieser einen Genossin Glückwünsche zu ihrem siebenzigsten Geburtstag senden, denken wir daran, daß in unserer Partei gar viele sind, die mit gleichem Opfermut, gleicher Liebe und Treue die sozialistischen Lehren verbreiten helfen, und deren Namen man kaum kennt, Ungenannte und Unbekannte, die still in den Reihen der Massen als Teile des Ganzen mit der größten Hingabe sich betätigen. All diesen Proletarierinnen gelte Dank und Gruß! Eine Lehre, die in ihren Anhängern so viel Treue, Selbstlosigkeit und Opfermut erzeugt, wie wir das im Klassenbewußten Proletariat finden, muß erhebend, beglückend, erlösend sein. Und das ist der Sozialismus.

O. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

So stark auch die Gewerkschaftsbewegung von diesem Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogen wurde, das System der Kartelle ist unberührt geblieben. An der Statistik vom Jahre 1915 haben sich 524 Kartelle beteiligt, 54 weniger als im Vorjahr. Die Zahl der den Kartellen angeschlossenen Mitgliedern hat sich um rund 1,2 Millionen verringert. Wurde auch die Einrichtung der Kartelle in ihrer äußeren Art vom Kriege nicht weiter berührt, so hat der Krieg doch ihrer Wirksamkeit ganz besondere Bahnen gewiesen. Gleich nach seinem Ausbruch mußten die Kartelle für Regelung und Aufbesserung der Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer und der Arbeitslosen und für die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch die Gemeinden tätig sein und bei diesen Aufgaben mitwirken. Im Berichtsjahr mußten sie besonders bei der Einrichtung von städtischen Arbeitsnachweisen mitwirken und bei den Bemühungen, durch ein großzügig angelegtes System der Arbeitsvermittlung den Andrang auf dem Arbeitsmarkt, der nach Schluß des Krieges zu erwarten ist, in geregelte Bahnen zu leiten. Besonders aber die Kriegsbeschädigtenfürsorge verlangt die ständige Aufmerksamkeit der Gewerkschaften, bei der die Kartelle ebenfalls hilfreiche Hand leisten müssen. Nicht minder wichtig ist die Arbeit auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung. Dafür aber traten andere wichtige gewerkschaftliche Aufgaben in den Hintergrund. Namentlich für Agitation, für sozialpolitische Wahlen, auch für Herbergen, Bildungszwecke und Verwaltung sind erheblich geringere Ausgaben zu verzeichnen als im Vorjahr. Eine der wichtigsten Einrichtungen der Kartelle, die Arbeitersekretariate haben eine Zunahme aufzuweisen, sie haben sich gegen das Friedensjahr 1913 um vier, nämlich auf 115 vermehrt. Diese Einrichtung erforderte einen erheblichen Kostenaufwand, die Generalkommission mußte verschiedentlich größere Zuschüsse leisten. Doch war die Aufrechterhaltung der Sekretariate gerade in der Kriegszeit sehr notwendig. Obwohl die Gewerkschaftskartelle im Berichtsjahr im ganzen erheblich geringere Ausgaben zu verzeichnen hatten als im Vorjahr, so überstiegen trotzdem infolge der stark verminderten Mitgliederzahl die Ausgaben die Einnahmen um rund 175 000 M. Dieses Mehr wurde aus den vorhandenen Klassenbeständen gedeckt, die sich immerhin noch auf 649 000 M. belaufen.

Eine Reichskonferenz der Textilarbeiter beschäftigte sich mit den Mängeln, die in der Fürsorge für die Arbeiter zutage getreten sind, die durch die Beschlagnahme von Rohstoffen und Arbeitsbeschränkung in ihrem Verdienst beeinträchtigt wurden. Ferner befaßte sich die Konferenz mit der Aufstellung von Forderungen zur Erhöhung der Unterstützung. Auf der Tagung wurde durch zwei Referate die Unzulänglichkeit der Arbeitslosenfürsorge für die Textilarbeiter dargelegt und das offensichtliche Bestreben der oberen und der unteren Verwaltungsbehörden sehr scharf kritisiert, die Unterstützung möglichst zu ersparen. Es wurde als Grundsatz aufgestellt, daß die Arbeiter, die durch die Kriegsmassnahmen in ihrem Verdienst schwer geschädigt wurden, ein unverbrüchliches Recht auf Unterstützung aus Staats- und Reichsmitteln haben. Die Unterstützung dürfe nicht den Charakter einer Armenunterstützung tragen, sie müsse unter allen Umständen so bemessen sein, daß sie auch bei dem durch den Krieg eingetretenen Teuerung in ausreichendem Maße Rechnung trage. Das Reichsamt des Innern hatte eine Ein-

ladung zur Konferenz erhalten, die Teilnahme aber wegen dienstlicher Verhinderung abgelehnt. Die Konferenz forderte eine Erhöhung der Unterstützung und Erleichterung der Bezugsmöglichkeit. Sie protestierte gegen den Beschluß des Bundesrats, der eine bedeutende Verschärfung der Vorschriften für den Bezug der Unterstützung gebracht hat, und gegen den darin enthaltenen Vorwurf, daß arbeitslose Textilarbeiter und -arbeiterinnen sich weigern, Arbeit anzunehmen, um Unterstützung beziehen zu können. Mit der Beschäftigung der arbeitslosen Textilarbeiter in der Landwirtschaft erklärte sich die Konferenz nur für den Fall einverstanden, daß dazu ausschließlich geeignete Berufsangehörige verpflichtet werden, die auch schon früher in der Landwirtschaft gearbeitet haben.

Zur Lohnbewegung der Tabakarbeiter ist zu berichten, daß die drei Organisationen — die freien, christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften — an die Unternehmer mit der Forderung herangetreten sind, die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen um 25 Prozent zu erhöhen. Der Unternehmerverein erkannte in einer Sitzung an, daß in Anbetracht der Teuerung eine Erhöhung des Einkommens der Arbeiter und Arbeiterinnen berechtigt sei, doch müsse die Regelung der Sache den Bezirksvereinen überlassen bleiben. Auf Ansuchen der Organisation haben mehrere Bezirksvereine Zulagen bis zu 20 Prozent gewährt, kleinere Firmen vereinzelt sogar bis zu 25 Prozent. Die Unternehmer wollen aber das Mehr nur als Teuerungszulage und nicht als Lohnzulage betrachtet wissen. Die drei Arbeiterorganisationen nahmen daraufhin erneut zu der Lohnfrage Stellung. Sie behaupteten, daß es auch diesmal wieder an einer einheitlichen Stellungnahme der Fabrikanten fehle und daß die Aufbesserung nicht als Lohnzulage, sondern als Teuerungszulage gewährt würde. Die Gewerkschaften betrachteten ihrerseits — wie sie erklärten — die bewilligten Zulagen nur als Abschlagszahlung. Sie richteten an die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen die dringende Aufforderung, für die Stärkung der Organisation zu wirken, besonders in jenen Gegenden und Orten oder Betrieben, in denen die Unternehmer sich weigern, den gerechten Wünschen der Arbeiter nachzukommen.

Standalts niedrige Löhne werden aus der Textilindustrie bekannt. Der Mangel an Rohstoffen hat zu einer Reihe Verjüde geführt, die deutsche Textilindustrie von überseeischen Bezugsquellen unabhängig zu machen. Es ist gelungen, Fasererzfasse für die Jute zu beschaffen, die zur Herstellung von Bindfäden, Säden und anderem Verpackungsmaterial so überaus wichtig ist. Als Bezugsland für Jute kam ausschließlich Indien in Frage. Aus Stroh wird nun eine Faser gewonnen, die zur Herstellung von Verpackungsmaterial gebraucht werden kann. Außerdem wird auch ein anderes Erzeugnis mehr gebraucht als vordem, die Textilose. Bisher hatten hauptsächlich zwei Firmen die Verarbeitung der Textilose betrieben; sie stellten davon täglich 20 000 Säde her. Jetzt wird die Fabrikation und Verarbeitung der Textilose auch in anderen Betrieben eingeführt. So besonders in Greiz und den Nachbarstädten. Die arbeitslosen Textilarbeiter und -arbeiterinnen könnten über die Verwendungsmöglichkeit der Textilose erfreut sein, jedoch die überaus dürftigen Löhne, die bei der Verarbeitung der Erzfasse gezahlt werden, müssen Unzufriedenheit hervorrufen. In einer Vertrauensmännerversammlung des Textilarbeiterverbandes in Greiz wurde festgestellt, daß der Durchschnittslohn für fünf Arbeitstage 2 bis 6 Mark beträgt; nur eine einzige Firma bezahlte 3 Mark Tagelohn. Fast ausschließlich kommen Weberinnen dabei in Betracht. Man fragt sich verwundert: Wie können Arbeiterinnen überhaupt Beschäftigung zu den angeführten Hungerlöhnen annehmen? Die Antwort lautet, daß die Arbeiterinnen von den Behörden zur Annahme der Arbeit gezwungen werden, bei Weigerung würden sie die Unterstützung verlieren. Es ist ja bekannt, daß viele Arbeiterinnen aus dem Textilgewerbe mit sanftem Druck auch zur Landwirtschaft gezwungen werden sollen. In den vorliegenden Fällen war der Lohn so auffällig gering, daß die Fabrikanten zugeben mußten, wie niedrig er sei. Sie hatten jedoch den billigen Trost zur Hand, daß die Arbeiterinnen in Kürze sich besser einarbeiten und zwei Stühle bedienen könnten. Dann würden geschickte und gutwillige Arbeitskräfte bis zu 2 Mark Verdienst täglich oder 10 Mark wöchentlich (die Arbeitswoche zu fünf Tagen gerechnet) erreichen. In der Zeit ungeheurer gestiegener Lebensmittelpreise wird also der Verdienst von 10 Mark für ausreichend zum Unterhalt einer Textilarbeiterfamilie angesehen. Die Arbeiterinnen mögen sich das merken.

#

Genossenschaftliche Rundschau.

Über die Genossenschaften in Elßaß-Lothringen werden in einem Artikel der Blätter für Genossenschaftswesen nach Angaben des neuesten Adreßbuchs der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossen Deutschlands bemerkenswerte Angaben gemacht. Demnach gab es am 1. Januar 1915 in Elßaß-Lothringen 911 eingetragene Genossenschaften. Der weitaus größte Teil davon, nämlich 80 Prozent, sind landwirtschaftliche Genossenschaften: Molkerei- und andere Betriebsgenossenschaften, Spar- und Darlehenskassen mit insgesamt rund 67 000 Mitgliedern. Dann folgen der zahlenmäßigen Bedeutung nach 87 Konsumvereine mit 42 500 Mitgliedern, an dritter Stelle 70 gewerbliche Genossenschaften aller Art mit 15 500 Mitgliedern, endlich 12 Baugenossenschaften, die 1750 Mitglieder zählten. Unter Berücksichtigung dieser Zahlen wird berechnet, daß etwa 126 700 Einwohner des Landes unter dem wirtschaftlichen Einfluß der Genossenschaften stehen, was gemessen an der Gesamtbevölkerung (Zählung von 1910) 28 Prozent ausmacht. — Es wird weiter ausgeführt, daß genossenschaftliche Regungen bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu verzeichnen waren, infolge des Krieges von 1870/71 aber nicht zu weiteren Entfaltungen kamen. Erst zu Beginn der achtziger Jahre entwickelten sich dann die Wirtschaftsgenossenschaften wieder. Der Krieg hatte also eine wichtige wirtschaftliche Bewegung der Selbsthilfe im Keim erstickt und ihre weitere Entwicklung um ungefähr zwanzig Jahre verhindert! Nur in einzelnen Fällen konnte sie unmittelbar an Vorgänge anknüpfen, die vor der Kriegszeit liegen. Das trifft besonders auf die Konsumvereine zu. So besteht in der Industriezentrale des Landes, in Mühlhausen, eine Konsumgenossenschaft, deren Anfänge auf das Jahr 1867 zurückreichen. In den Jahren 1872 bis 1876 wurden fünf der noch bestehenden Konsumvereine gegründet, die meistens aber bildeten sich Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre. Bemerkenswert ist, daß die größten und leistungsfähigsten neun Konsumgenossenschaften dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehören, darunter die Straßburger mit 13 407 und die Mühlhäuser mit 7685 Mitgliedern im Jahre 1914, also vor Ausbruch des Weltkrieges. Auch die Eigenproduktion ist in diesen Vereinen verhältnismäßig stark; sie erzeugten über den vierten Teil der abgesetzten Waren in eigenen Betrieben. — Von den Baugenossenschaften ist die älteste die in Kolmar, sie wurde 1899 gegründet. Eine Zusammenfassung der hauptsächlichsten Umsatz- und Bilanzzahlen aller elßaß-lothringischen Genossenschaften ergibt, daß von ihnen allein im Warenverkehr reichlich 80 Millionen Mark und im Bankverkehr rund 400 Millionen Mark jährlich umgesetzt werden. Die gesamten Spar- und Depositeneinlagen der Kreditgenossenschaften belaufen sich auf rund 121 Millionen Mark.

Der Konsumverein Vorwärts für den Bezirk Dresden hat im letzten Geschäftsjahr, das von Juli 1915 bis Juni 1916 läuft, einen Umsatz von rund 25 777 000 Mk. zu verzeichnen. Das ist ein Mehrumsatz von 2 921 000 Mk. gegen das Vorjahr. Trotzdem, daß viele Waren nicht, andere nur in geringen Mengen rationiert abgegeben werden konnten! Die enorm gestiegenen Warenpreise treten in diesem Mehrumsatz deutlich in die Erscheinung. Ein Teil davon dürfte allerdings auch auf den erheblichen Mitgliederzuwachs zurückzuführen sein. Die Zahl der Mitglieder betrug am 30. Juni 1916 74 053, das sind 4303 mehr als im vorigen Jahre, unter Berücksichtigung der Ein- und Austritte. Den 2547 Abmeldungen stehen 6850 Eintritte gegenüber. Die Anziehungskraft des Konsumgenossenschaftlichen Gedankens hat sich also auch im zweiten Kriegsjahr sehr wirksam erwiesen. — In dieser Richtung ist auch ein Beschluß erwähnenswert, der auf dem Verbandstag des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften gefaßt wurde. Es heißt darin: „Der gemeinsame Einkauf der Rohstoffe, besonders aber die Bildung von Zentraleinkaufsgenossenschaften, ist für die kommende Zeit noch mehr als bisher eine Lebensfrage für das Handwerk. Der Genossenschaftstag weist nachdrücklich auf die durch den Krieg veränderten Wirtschaftsverhältnisse hin. Die auf dem Gebiet des Rohstoffbezugs eingetretenen und noch zu erwartenden Schwierigkeiten können nur durch eine umfassende genossenschaftliche Arbeit gemildert werden.“

Wie vorteilhaft für das laufende Publikum die Konsumvereine zu wirken imstande sind, zeigte eine Notiz, die in einem Teil der Tagespresse erschien, aber wenig Beachtung gefunden hat. Der hohe Preis für Ferkel veranlaßte die Koburger Regierung, mit der Landwirtschaft wegen Beschaffung bil-

liger Ferkel unter Gewährung eines staatlichen Zuschusses in Verbindung zu treten. Die Bemühungen hatten aber keinen Erfolg. Nun beschäftigte sich der Koburger Konsumverein mit der Frage. Er nahm Bestellungen von seinen Mitgliedern entgegen, und die sich auf über 200 Stück belaufende erste Sendung sechs bis zwölf Wochen alter Ferkel vermochte der Verein zu einem Preise von 25 bis 60 Mk. abzugeben. Die Koburger Regierung stellte unaufgefordert dem Verein sofort 450 Mk. und dann noch einmal 300 Mk. zur Verfügung, um besonders armen Leuten im Preise entgegenkommen zu können, nur wurde die Bedingung gestellt, die Ferkel auch an Nichtmitglieder abzugeben. Der Verein hat den auf die hohen Preise erpichten Bauern und Händlern der Koburger Umgegend mit seiner Tätigkeit arg die Suppe versalzen, den kleinen Leuten aber, die sich in diesem Jahre in besonderer Notlage befanden, eine Wohlthat erwiesen. Das kommt auch zum Ausdruck in den Worten eines Pastors, der dem Verein für seine Tätigkeit dankte. Die Wirkung des Vorgehens des Koburger Konsumvereins zeigte sich darin, daß die Preise von Saugschweinen von 100 bis 125 Mk. das Paar, die sie noch vor einigen Wochen kosteten, auf 60 bis 70 Mk. herabgingen. Läufer Schweine wurden mit 75 bis 95 Mk. das Stück gehandelt. Die Preise waren durch das Eingreifen des Konsumvereins also rapid heruntergegangen.

Eine neuere Statistik über die Konsumvereine in Norwegen ergibt, daß dort zurzeit 148 solche Genossenschaften bestehen. Die Zahl ihrer Mitglieder stieg in den Jahren 1913/14 von rund 23 000 auf 34 000. Der Umsatz belief sich 1915 auf 16 1/2 Millionen Kronen. Wie diese Zahlen zeigen, handelt es sich um meist sehr kleine Vereine, nur zwei hatten über 3000 Mitglieder.

H. F.

Notizenteil.

Für den Frieden.

Friedenskundgebungen in Schweden. Zur Feier des Friedenssonntags wurden in Schweden zahlreiche Versammlungen abgehalten. In Stockholm fand ein Demonstrationzug der Arbeiter statt, der 12 000 Teilnehmer zählte. In einer Resolution wurde die Notwendigkeit eines baldigen dauernden Friedens betont, der den Völkern freie Entwicklung sichert und eine Rechtsordnung herbeiführt, die die Waffenrüstung unmöglich macht. Die schwedische Regierung wird beauftragt, an der Einberufung einer Konferenz aller neutralen Staaten mitzuarbeiten, die im geeigneten Augenblick den Frieden vermitteln und einen Weltkongress zur Gründung eines Staatensystems auf den Prinzipien des Rechts statt der Macht vorbereiten soll.

Tagung des Nationalrats der französischen Partei. Laut Blättermeldungen wurde auf der Tagung des Nationalrats der französischen Sozialdemokratie eine Entschließung angenommen, die sich gegen eine vorläufige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ausspricht. Renaudel als Sprecher der Mehrheitsresolution erklärte, daß ein Zusammentreffen mit den deutschen Sozialdemokraten erst dann möglich sein werde, wenn diese sich von der Verantwortung, die sie für den Krieg hätten, losgemacht haben werden. Die Resolution Renaudel weist ferner die Zimmerwald-Orientierung als gefährlich zurück, erklärt jede These, die das Recht der nationalen Verteidigung nicht entschieden anerkennt, für antisozial und betont die Notwendigkeit, von der Regierung Erklärungen zu erhalten, in denen der Wille bekräftigt wird, einen auf der Wiederherstellung des 1871 verletzten Rechtes gegründeten dauerhaften Frieden zu erlangen.

Hat demnach — die Wolffsche Depeche als richtig vorausgesetzt — die französische Parteimehrheit nichts gelernt und nichts vergessen, so ist die Minderheit seit der letzten Tagung an Zahl und Entschiedenheit bedeutend gewachsen. Die Resolution Renaudel vereinigte 1820 Stimmen auf sich, dagegen stimmten 1075. Um rund 200 Stimmen also ist die Opposition in der Partei gewachsen. Die von ihr eingebrachte Resolution ist von der Genfur unterdrückt worden. Sie spricht davon, daß die Völker den Frieden herbeiführen, die für den Krieg verantwortlichen Regierenden diesen aber fortsetzen und über die Kriegsziele beharrlich nur allgemeine Worte und doppeldeutige Redensarten machen. Sie verlangt von der französischen Regierung, daß sie unverzüglich ihre und ihrer Verbündeten Kriegsziele bekanntgibt und jeden Vermittlungs- oder Schiedsgerichtsvorschlag günstig aufnehme.

Bei der Abstimmung über die Resolutionen kam es zu erregten Szenen. Das Ergebnis der Abstimmung für die Mehrheitsresolution wurde mit Lärm aufgenommen. Die Anhänger der Minderheit verließen den Saal unter Absingung der Internationale.

Das klare und gefestigte Bewußtsein internationaler Solidarität der serbischen Sozialdemokratie hat sich seit Kriegsausbruch bis heute glänzend bewährt. Zurchbare Ereignisse sind über das Land einhergebraust. Der Krieg soll 1 Million Männer von 4 1/2 Millionen Einwohner verschlingen haben; das Land wurde Kriegsschauplatz und erobertes Gebiet; Hunger und Epidemien rafften ungezählte Opfer dahin; dunkel, unbestimmt scheint Serbiens politisches Gesicht. Alle Schrecken und Nöte, alle entfesselten Leidenschaften und Stimmungen haben die Überzeugung der serbischen Sozialdemokratie nicht erschüttert.

Serbien ist ein aufblühendes Agrarland, das von den Nachbarstaaten eingeschnürt, fast ganz vom internationalen Warenverkehr abgeschnitten ist. Das aber in einer Zeit, wo die imperialistische Entwicklung den Balkan mehr und mehr in ihren Raststrom reißt und die europäischen Großmächte zum Ringen um den vorherrschenden Einfluß über die Halbinsel aufsteigt. Unlösbar verschlingen sich für Serbien Bestrebungen zur nationalen Zusammenfassung und staatlichen Selbsterhaltung mit modernsten imperialistischen Strömungen.

Betrachtet man die Lage des Landes für sich, losgelöst von der Vielheit der Fragen, die für die Völker Europas von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellt worden sind, so stimmt es, was der serbische Genosse Dutschan Popowitsch voriges Jahr schrieb: „Wenn die Sozialdemokratie überhaupt irgendwo das Recht gehabt hätte, für den Krieg zu stimmen, so in erster Linie in Serbien.“ Die serbischen Genossen konnten trotzdem dieses Recht nicht anerkennen. Der „Vorwärts“ hat das in Nr. 102 und an anderen Stellen ausführlich nachgewiesen. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung des Landes sahen die Dinge vom Kirchturm eines „Großserbiens“ aus. Die Sozialdemokratie dagegen stand auf der höheren Warte der Internationalität. Sie erkannte, daß die kapitalistische Entwicklung der Gegenwart auch den Einigungsbestrebungen kleinerer Völker ihren nationalen Charakter nimmt und sie zu internationalen Fragen macht. Sie täuschten sich nicht darüber, daß angesichts der internationalen Lage das Drängen nach einem „Großserbien“ das Land in wachsende Abhängigkeit von den Großmächten bringen mußte.

Deshalb konnte „die gekünstelte Unterscheidung zwischen Angriff- und Verteidigungskrieg“ die serbische Sozialdemokratie nicht blenden und verwirren, sie war geschlossen gegen den Krieg. „Für uns war die Tatsache entscheidend“, erklärte Genosse Popowitsch, „daß der Krieg zwischen Serbien und Österreich nur die Subvertüre zum europäischen Weltkrieg bildete, der nach unserer tiefsten Überzeugung keinen anderen als einen scharf ausgeprägten imperialistischen, kapitalistischen Charakter tragen konnte. Deshalb erachten wir es als unsere gebieterische Pflicht, als Teil der großen sozialistischen, proletarischen Internationale mit aller Entschiedenheit gegen den Krieg aufzutreten.“

Die serbischen Sozialdemokraten haben dieser Auffassung gemäß gehandelt. In der Skupstschina stimmten die beiden sozialdemokratischen Volksvertreter, die Genossen Laptschewitsch und Kahlerowitsch, gegen die Kriegskredite, wie sie früher in Übereinstimmung mit der Partei gegen den Krieg agitiert hatten. Nach Kriegsausbruch fuhr die Partei und ihre Presse fort, das serbische Volk an die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder zu erinnern und für den Frieden zu wirken. Die „Arbeiterzeitung“, das offizielle Parteiorgan, wurde verboten, die sie ersetzende „Zukunft“ fand, wie es im „Vorwärts“ heißt, „trotz der Zensur noch immer den Weg, gegen den Krieg Stimmung zu machen, und ihr Wort wurde bis in die Schützengräben hinein gehört. Die nach Nißch verlegte Redaktion des Parteiblattes war der Sammelplatz der von der Front zurückkommenden und dahin abgehenden Genossen, die dort sagten, was ihnen auf dem Herzen lag. . . Die letzte Nummer des Parteiorgans erschien einige Tage vor der Einnahme von Nißch durch die Bulgaren. Das Blatt betonte in seinem Leitartikel, daß Serbien nun wohl vernichtet werde, man möge aber das Vertrauen und den Mut nicht verlieren, Serbien und das serbische Volk werde durch den Sozialismus befreit werden. Doch der Sozialismus! Das war der letzte Ruf der serbischen Sozialdemokratie. . . Dann kamen die Bulgaren und die tragischen Ereignisse folgten einander. Das Blatt wurde weggelegt, die Partei verschwand, und in dem blutigen Durcheinander verschwanden die Genossen. . . Laptschewitsch und Popowitsch, die das Blatt bis zum letzten Augenblick fertigstellten, konnten sich irgendwie bis nach Belgrad zurück durchschlagen. . . Genosse Kahlerowitsch war inzwischen nach dem Ausland verschlagen worden. Er setzte hier sein Wirken als Vertreter der Sozialdemokratie energisch mit der alten Festigkeit fort.“

Die serbische Sozialdemokratie hatte wiederholt ihrem Friedenswillen Ausdruck gegeben. Genosse Kahlerowitsch reichte am 5. Dezember 1915 in Skutari der Regierung ein Memorandum mit der Forderung des Friedensschlusses ein. Es klingt in diesen Sätzen aus:

„Indem ich die serbische Regierung für den Untergang Serbiens und für all das Entsetzliche, das sich vor unseren Augen abgespielt hat, verantwortlich mache, fordere ich die Regierung in letzter Stunde zum Rückzug auf und verlange, daß sie der Wahrheit in die Augen schaue. Ich sage der Regierung, sie hat kein Recht, um auch noch diesen Rest des einstigen serbischen Volkes zu töten und zugrunde zu richten. . . Die Regierung muß wissen, daß die Stimmung des Volkes nicht mit ihrer bisherigen Politik übereinstimmt. Das Volk will den Frieden, die Regierung darf kein Spiel treiben mit dem Volk. Ich verlange also von der Regierung, daß sie sofort Friedensverhandlungen einleite und dafür Sorge, daß das Heer und die Bevölkerung, die sich hier befindet, unter möglichst wenig Qualen in ihre Häuser zurückkehren können.“

Genosse Kahlerowitsch hat die einige Zeit zerrissene Verbindung mit den Gesinnungsfreunden in Serbien wieder geknüpft. Daß sie seine Haltung billigen, dafür spricht diese Äußerung des Genossen Laptschewitsch: „Was Kahlerowitsch getan hat, ist die Fortsetzung unseres Verhaltens vom ersten Tage des Krieges an. Er konnte gar nicht anders handeln.“ Während die sogenannten Staatsmänner Serbiens von den Regierungen der Entente etwas Mitgefühl für das unglückliche Land zu erbetteln und dem Volke die Wahrheit vorzuenthalten suchen, ist Genosse Kahlerowitsch zur zweiten Konferenz der Zimmerwalder nach Niental gegangen, um die Bande internationaler Solidarität fester zu knüpfen, die die arbeitenden Massen aller Länder verbindet, und dieser Solidarität in dem klaren, bestimmten Friedenswillen Ausdruck zu verleihen. In der Heimat wie als Geflüchtete wirken die serbischen Genossen, „von der unerschütterlichen Überzeugung durchdrungen, daß nur eine solche Tätigkeit den Frieden beschleunigen und die besonderen und allgemeinen Ziele der Balkansozialisten der Verwirklichung nahe zu bringen vermag“. Man spreche angesichts solcher Tätigkeit und solcher Überzeugungstreue nicht herablassend oder gar verächtlich von einer kleinen Partei in einem kleinen Staat. Der Geist macht lebendig, kühn, stark und groß, und in Zeiten gewaltiger Umwälzungen hat sich noch immer gezeigt, daß die letzten die ersten sein können.

Frauenarbeit.

Zur Frage der Meinungsgegensätze über die Entlohnung von Frauenarbeit in den Kriegsküchen wird uns aus Frankfurt a. M. geschrieben:

In Nr. 23 der „Gleichheit“ befahl sich die Einfindung einer Karlsruher Genossin mit der Frage der Entlohnung von Frauen in den Kriegsküchen. Was da mitgeteilt wird, ist recht beschämend für den mit Namen genannten Genossen im Karlsruher Stadtparlament. Seine Stellungnahme zu den Vorschlägen zukünftiger Bezahlung einer früheren ehrenamtlichen Tätigkeit ist eigentlich gar nicht zu verstehen. Meines Erachtens müßte so viel wie möglich ehrenamtliche Arbeit durch bezahlte Arbeit ersetzt werden; keinesfalls darf die erstere zur Verdrängung der bezahlten Arbeit beitragen. In diesen schweren Zeiten ist es eine unbezweifelbare soziale Pflicht, den Frauen Erwerbsquellen zu sichern, um ihnen ihr Fortkommen zu erleichtern. Die beiden genannten Genossen im Stadtparlament zu Karlsruhe könnten sich verdient machen, wenn sie dazu beitragen würden, daß in den Kriegsküchen so wenig wie möglich ehrenamtliche Arbeit verwendet wird. Sie müßten darauf drängen, daß bezahlte Arbeitskräfte eingestellt werden, und zwar ausreichend bezahlte. Den Karlsruher Genossinnen rate ich, dem Beispiel der Genossinnen in den Kriegsküchen zu Frankfurt a. M. zu folgen. Sie haben darauf hingewirkt, daß bei Gründung der Kriegsküchen von vornherein bezahlte Arbeitskräfte herangezogen wurden. In jeder Küche sind nur eine Leiterin und ein paar Damen ehrenamtlich tätig, die das fertige Essen verteilen. Die eigentliche Betriebsleiterin ist eine bezahlte Kraft. Werden über 300 Portionen Essen mittags ausgegeben, so wird für jedes weitere 100 eine bezahlte Kraft eingestellt. Ein großer Teil der Angestellten ist gewerkschaftlich organisiert und hat dadurch schon verschiedene Vorteile erreicht. Die Arbeitszeit, die früher unbegrenzt war, dauert jetzt von 1/8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags, die Pausen unbegriffen. Dauert die Arbeit länger, so werden Überstunden entlohnt. Die Entlohnung der Arbeiterinnen ist erhöht worden. Sie betrug früher 40 M.

monatlich, also 15,4 Pf. die Stunde. Später wurde der Grundlohn auf 50 Mk. festgesetzt. Ebenso ist der Lohn der Betriebsleiterin von 80 auf 100 Mk. monatlich gestiegen. Jede Angestellte hat einen halben freien Nachmittag in der Woche. Alle diese Verbesserungen sind nur durch den Zusammenschluß der Angestellten errungen worden. Vergessen will ich nicht, daß die Angestellten einen guten Vertreter ihrer Interessen in dem Geschäftsführer der Küchen besitzen, einem Genossen. Die Karlsruher Genossinnen sollten den Dingen nicht ängstlich und tatenlos gegenüberstehen, sondern mühten ihre Vertreter im Stadtparlament beauftragen, dahin zu wirken, daß die seitherige ehrenamtliche Arbeit in bezahlte Arbeit verwandelt wird. Was in Frankfurt möglich ist, das muß auch in Karlsruhe möglich sein. D. Brunner.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ äußerte sich zu der nämlichen Angelegenheit wie folgt:

„Der in der „Gleichheit“ erwähnte Stadtrat Vonnig ist mit dem Buchdruckermeister gleichen Namens in Karlsruhe identisch, und sein stadträtklicher Kollege Kolb, der einen Stundenlohn von 50 Pf. für das weibliche Küchenpersonal trotz der gegenwärtig unheimlichen Teuerung zu hoch finden soll, ist der bekannte Redakteur des „Karlsruher Volksfreund“, der bisher nach allen seinen Schriften und Reden als Zeuge des gesunden Menschenverstandes und vernünftiger Realpolitik beurteilt sein wollte. Es scheint demnach in dieser Sache verschiedenes nicht mehr ganz im Lote zu sein. Denn für eine solche Neuorientierung in der Frage der Entlohnung der Frauenarbeit dürften nicht nur wir, sondern auch noch viele andere kein Verständnis haben, und wenn sie noch so tiefgründig erläutert werden könnte oder würde. Auch das „Am-Lernen“ hat seine Grenze.“

Diese Ausführungen sind zugleich eine treffliche Kritik der Entlohnung, die in den Frankfurter Kriegsküchen üblich ist. In der Tat: so aner kennenswert es ist, daß dort entlohnte Arbeit vorwiegt, so wenig beispielgebend kann und darf die niedrige Bezahlung der Arbeitskräfte sein. Die Entlohnung wäre sogar in dem Falle noch zu niedrig, wenn die weiblichen Angestellten außer dem Barlohn Verköstigung in den Kriegsküchen erhielten.

Gewerkschaftliche Organisation.

Die weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften. Von jeher waren die deutschen Gewerkschaften bemüht, die erwerbstätigen Frauen, deren Zahl ständig stieg, als Mitglieder zu gewinnen. Bei allen Gelegenheiten, die sich boten, wurden weibliche Mitglieder gewonnen. Die Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in den Gewerkschaften hat sich als besonders zugkräftiges Werbemittel erwiesen. Es wurden im Jahresdurchschnitt weibliche Mitglieder gezählt:

Jahr	Gesamte Mitglieder	Weibliche Mitglieder	In Prozent
1892	237 004	4 355	1,8
1896	329 230	15 265	4,6
1900	680 427	22 844	3,3
1905	1 344 803	74 411	5,7
1910	2 017 298	161 512	8,0
1911	2 320 986	191 332	8,2
1912	2 530 300	216 462	8,6
1913	2 548 763	223 676	8,8
1914	2 052 377	203 648	9,9

Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder hat sich demnach von 4355 im Jahre 1892, wo sie erstmals von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands festgestellt worden ist, auf 223 676 im Jahre 1913 erhöht. Mit dieser Zunahme stieg gleichzeitig der prozentuale Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtheit der gewerkschaftlich Organisierten, und zwar von 1,8 auf 8,8 Prozent.

Diese Aufwärtsbewegung wurde im Jahre 1914 durch den Krieg leider unterbrochen. Im Jahresdurchschnitt wurden noch 203 648 und am Jahresluß gar nur 185 633 weibliche Mitglieder gezählt, gegen den Abschluß des Jahres 1913 bedeutet das eine Abnahme von 35 956 weiblichen Mitgliedern. Der prozentuale Anteil dagegen hat sich im Jahre 1914 nach den Berechnungen der Generalkommission weiter auf 9,9 erhöht; diese Zunahme ist aber nur scheinbar, da die zu Kriegsdiensten eingezogenen männlichen Mitglieder nur vorübergehend aus der Organisation ausgeschieden sind. Da für das Jahr 1915 noch keine abschließenden Zahlen vorliegen, können nur die im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Mitgliederzahlen zu Vergleichen herangezogen werden. Danach weisen auch 1915 die Gewerkschaftsorganisationen in ihrer Gesamtheit eine erhebliche Abnahme von weiblichen Mit-

gliedern auf, obwohl im Laufe dieses Jahres die Zahl der weiblichen Beschäftigten um etwa eine Million gestiegen ist. Von Gewerkschaften mit über oder nahezu 1000 weiblichen Mitgliedern haben wohl die der Metallarbeiter, Schneider, Handlungshelfen, Sattler und Gemeindegewerkschaften im Vergleich zum Jahre 1914 zusammen eine Zunahme von rund 4600 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen, diesen stehen aber 16 Gewerkschaften gegenüber, die eine weitaus größere Abnahme von weiblichen Mitgliedern melden. Die Ursachen dieses Mitglieder-rückgangs während des Krieges sind mannigfacher Art: Arbeitslosigkeit, Lebensmittelteuerung, teilweise oder gänzliche Aufhebung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung nach Ausbruch des Krieges usw. Um die weiblichen Mitglieder dauernd an die Organisation zu fesseln, haben es die Gewerkschaften nicht an ernstlichen Bemühungen fehlen lassen. Die Generalkommission hat sie dazu wieder und wieder angeregt und in ihren Bemühungen tatkräftig unterstützt. Angesichts des raschen und starken Zuflusses gewerblicher Arbeiterinnen gewinnt die gewerkschaftliche Organisierung der Frauen erhöhte Bedeutung. Unsere Genossinnen haben die Pflicht, sie eifrig zu fördern und dafür zu wirken, daß auch die Arbeiterinnen an dem Befreiungsringen ihrer Klasse einfißtvol und opferbereit Anteil nehmen. E.

Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Weibliche Ärzte in den Lazaretten des britischen Heeres. Der Parlamentärkorrespondent der „Daily News“ teilt mit, daß jetzt nicht weniger als 40 weibliche Ärzte in den Lazaretten der englischen Armee angestellt seien. Die Bedürfnisse, die der Krieg schafft, haben also auch die Vorurteile überwunden, die sich bis vor kurzem der Berufstätigkeit der Frau in Militärspitälern entgegenstellten.

Frauen als Beamtete des Verkehrsdienstes in Rußland. Nach Verordnungen des russischen Verkehrsministeriums können künftig mit Frauen eine Anzahl Aemter besetzt werden, die bisher ausschließlich den Männern vorbehalten waren. So bestimmen die Verordnungen zum Beispiel, daß Frauen im Eisenbahndienst den Posten als stellvertretende Vorsteher, als Schaffner, Fahrkartenerlöser usw. bekleiden können.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Eine Ausstellung für Kleinkinderfürsorge wird im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht zu Berlin für den September vorbereitet. In zwölf Abteilungen soll die körperliche und seelische Entwicklung des Kleinkindes, seine soziale Notlage und die öffentliche und private Fürsorge sowie die Ausbildung seiner Pflegerinnen und Erzieherinnen gezeigt werden. Graphische Darstellungen aus der Bevölkerungsstatistik sollen Aufschluß geben über die Zahl der Kleinkinder, ihre soziale Lage, Krankheit, Sterblichkeit und Todesursachen und Aufwuchszahlen verschiedener Länder. Landkarten und Stadtpläne werden den Bestand der Fürsorgeeinrichtungen für Kleinkinder zeigen. Schließlich wird die Praxis der Kleinkindererziehung veranschaulicht werden durch einen kleinen Musterkindergarten und zahlreiche Proben und Bilder aus dem theoretischen, praktischen und technischen Unterricht vorbildlicher Bildungsanstalten für Kinderpflegerinnen, Kleinkinderlehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen.

In Verbindung mit dieser Ausstellung veranstaltet der Deutsche Ausschuh für Kleinkinderfürsorge vom 18. bis 23. September einen Kursus über die Fürsorge für die aufsichtbedürftigen Kleinkinder, für den namhafte Vertreter von Wissenschaft und Praxis ihre Mitwirkung zugesagt haben. Der Kursus will insbesondere den an leitender Stelle in der Kleinkinderfürsorge tätigen Persönlichkeiten Anregung und Gelegenheit zur Vertiefung ihres Wissens bieten. Teilnehmerkarten sind bei der Geschäftsstelle Berlin N 24, Ronbijnouplah 3 II zu bestellen.

Verband der Hausangestellten
Ortsgruppe Hamburg
 Die Stelle einer Geschäftsführerin ist besetzt. Den Bewerberinnen besten Dank. Der Vorstand.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Maria Bettin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
 Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.